

Antrag 8/I/2026

OV Mühlenbecker Land

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Integration stärken statt einschränken – Keine kommunale Wohnsitzauflage für Geflüchtete

1 Die SPD Brandenburg lehnt die
2 Einführung oder Ausweitung
3 kommunaler Wohnsitzauflagen
4 für Geflüchtete ab.

5 Die SPD Brandenburg setzt sich
6 auf Landesebene dafür ein, dass
7 Integration durch freiwillige An-
8 siedlung, soziale Teilhabe und in-
9 dividuelle Perspektiven gefördert
10 wird – nicht durch Zwangsmaß-
11 nahmen.

12 Statt Wohnsitzauflagen sind ziel-
13 gerichtete Investitionen in Wohn-
14 raum, Integration, Bildung und
15 kommunale Infrastruktur zu stär-
16 ken, insbesondere in Kommunen
17 mit hoher Aufnahmeleistung.

18

19 **Begründung**

20 Integration gelingt dort, wo
21 Menschen Perspektiven haben
22 – nicht dort, wo sie verwaltet
23 oder festgesetzt werden. Kom-
24 munale Wohnsitzauflagen für
25 Geflüchtete greifen massiv in die
26 persönliche Lebensgestaltung
27 ein und erschweren nachweislich

28 Integration in Arbeit, Ausbildung,
29 Familie und soziale Netzwerke.
30 Geflüchtete sind auf funktionie-
31 rende Unterstützungsstruktu-
32 ren angewiesen: Sprachkurse,
33 Bildungsangebote, Beratungs-
34 stellen, familiäre Bindungen
35 und Arbeitsmöglichkeiten. Diese
36 Voraussetzungen sind regional
37 sehr unterschiedlich verteilt. Eine
38 kommunale Wohnsitzauflage
39 verhindert Mobilität dorthin,
40 wo Integration tatsächlich ge-
41 lingen kann, und wirkt damit
42 integrationshemmend statt
43 integrationsfördernd.
44 Zugleich verlagern Wohnsitzauf-
45 lagen strukturelle Probleme – et-
46 wa Wohnungsmangel oder feh-
47 lende Integrationsangebote – auf
48 die Betroffenen selbst, anstatt
49 sie politisch zu lösen. Das wi-
50 derspricht dem sozialdemokrati-
51 schen Verständnis von Solidari-
52 tät, Chancengleichheit und sozia-
53 ler Gerechtigkeit.
54 Die SPD Brandenburg steht für ei-
55 ne aktive Integrationspolitik, die
56 Kommunen stärkt, Teilhabe er-
57 möglicht und gesellschaftlichen
58 Zusammenhalt fördert.
59 Zwangsmaßnahmen wie kommu-
60 nale Wohnsitzauflagen tragen da-
61 zu nicht bei und werden daher

62 abgelehnt.

|